

Mitteilungsblatt Nr. 177

3. Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den
Diplomstudiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik vom 27.03.02
(MB 72, 29.05.02), der 1. Änderungssatzung (MB 114, 29.04.05)
und der 2. Änderungssatzung (MB 132, 06.03.06)

Der Präsident
22.07.2009

Auf Grund der §§ 17 Abs. 5 und 21 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) hat der Fachbereichsrat des Fachbereiches Sozialwesen am 08.04.2009 folgende Änderungssatzung erlassen:

Die Diplomprüfungsordnung des Studienganges Sozialarbeit/Sozialpädagogik vom 27.03.2002 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Der § 54 wird wie folgt neu gefasst:

§ 54 DPO

In Kraft treten/Übergangsvorschriften/Außer Kraft treten

- (1) Die Fassung der Prüfungsordnung vom 27.03.2002 ist am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt in Kraft getreten (30.05.2002).
- (2) Letztmalig wurden Studierende in diesem Studiengang zum Wintersemester 2007/2008 immatrikuliert.
- (3) Die DPO tritt mit Ablauf des Sommersemesters 2012 außer Kraft. Die Zeit vom 01.09.2008 bis zum 31.08.2012 gilt als Auslaufzeit dieses Diplomstudienganges.
- (4) Die Lehrveranstaltungen werden im Sommersemester 2011 letztmalig angeboten. Noch ausstehende Prüfungen einschließlich der Wiederholungsprüfungen müssen im Sommersemester 2011 bzw. im Wintersemester 2011/2012 abgelegt sein.
- (5) Die Durchführung des praktischen Studiensemesters gemäß § 22 der Prüfungsordnung Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist letztmalig im WS 2011/2012 möglich.
- (6) Die Diplomarbeit und das Kolloquium müssen bis zum Ende des Sommersemesters 2012 bestanden sein.
- (7) In der Auslaufzeit entsprechend Abs. 4 gelten die Studierenden ohne eigene Anmeldung zu allen Semesterleistungen und Fachprüfungen als angemeldet.
- (8) Kann das Studium ohne eigenes Verschulden nicht bis zum Ende der Auslaufzeit abgeschlossen werden, ist durch die Studierenden beim Prüfungsausschuss ein Antrag auf eine Ausnahmeregelung für Prüfungen und Studienleistungen in adäquaten Studienfächern der dann geltenden Prüfungs- und Studienordnung zu stellen. Dem Antrag sind entsprechende Nachweise beizufügen. Der Prüfungsausschuss entscheidet über den Antrag nach Einzelfallprüfung in Abstimmung mit den Lehrenden.

Diese Satzung tritt gemäß § 21 Abs. 2 BbgHG nach Genehmigung durch den Präsidenten der Hochschule Lausitz (FH) am Tag nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.

Die Änderungssatzung wurde am 22.07.2009 durch den Präsidenten genehmigt.

Senftenberg, den 22.07.2009

Prof. Dr. Günter H. Schulz
Präsident der Hochschule Lausitz (FH)